

Überblick

Konjunktureller Erholungsprozess weiter intakt, aber hohe außenwirt- schaftliche Abhängigkeit

Die deutsche Wirtschaft hat in den Frühjahrsmonaten erneut kräftige Wachstumsimpulse aus dem Ausland bekommen. Die konjunkturelle Belebung, die bereits im ersten Quartal etwas stärker geworden war, hat im zweiten Vierteljahr nochmals leicht an Schwung gewonnen. Nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland gegenüber dem Vorquartal (saison- und kalenderbereinigt) um 0,5 % gewachsen. Einschließlich des Ergebnisses für das erste Quartal (+ 0,4 %) beläuft sich damit das Wachstumstempo im bisherigen Jahresverlauf auf hochgerechnet 1¾ %. Die Auslastung der Produktionskapazitäten dürfte damit im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt erstmals seit fast drei Jahren wieder etwas zugenommen haben, so dass mit Blick auf das erste Halbjahr 2004 durchaus von einem leichten Aufschwung gesprochen werden kann.

*Wachstum
im zweiten
Quartal...*

Motor dieser Aufwärtsbewegung blieb das Auslandsgeschäft der deutschen Wirtschaft und damit das weltwirtschaftliche Wachstum, das sich im Frühjahr mit hohem Tempo fortgesetzt hat. Insbesondere von den globalen Wachstumszentren, den USA und China, sind weiter kräftige Impulse für die Weltwirtschaft ausgegangen, auch wenn in den beiden Ländern die Zuwachsraten der wirtschaftlichen Aktivität etwas hinter den Spitzenwerten vom Jahresanfang zurückgeblieben sind. Immerhin bewegen sich die Prognosen der amerikanischen Notenbank sowie der internationalen

*... weiterhin
vom Export
getragen*

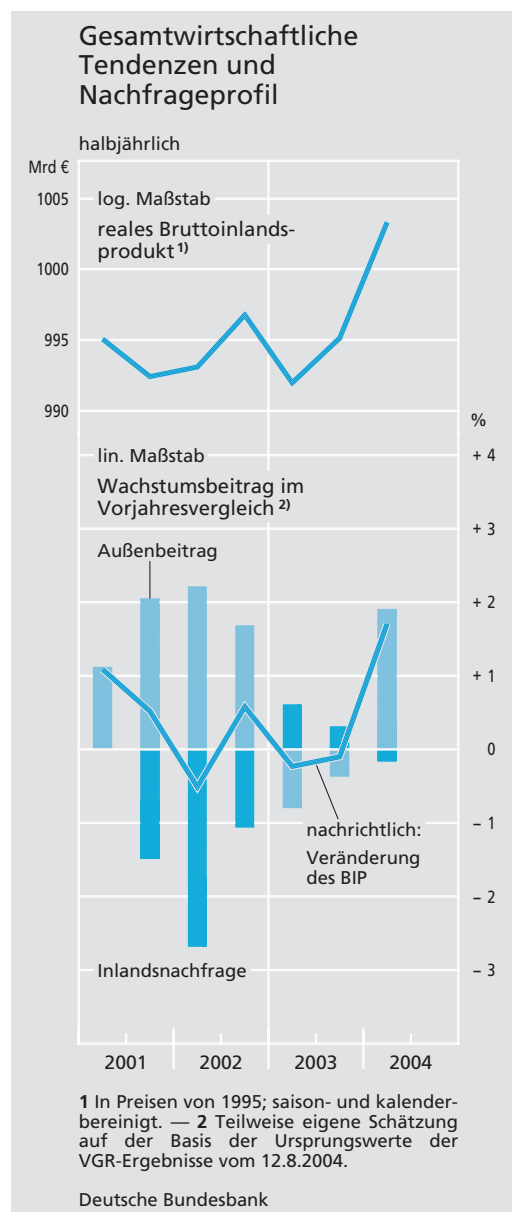
Organisationen für das US-Wachstum im nächsten Jahr auch zuletzt noch in der Größenordnung von 3 ½ % bis 4 %. Schließlich hat der globale Aufschwung mehr und mehr die anderen Regionen wie auch das Euro-Gebiet erfasst und auf diese Weise an Breite gewonnen.

Inlandsnachfrage ohne Schwung

Zugleich bleibt aber die hohe außenwirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft die „Achillesferse“ der konjunkturellen Erholung. Von der Inlandsnachfrage sind im zweiten Quartal, ähnlich wie davor, kaum Anstöße ausgegangen. So blieb die Investitionstätigkeit trotz der konjunkturellen Besserung und günstigen Finanzierungsbedingungen insgesamt weiterhin schwach. Dies hing maßgeblich mit der weiter verringerten Baunachfrage zusammen. Die übrigen Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen sind nicht über eine Stagnation hinausgekommen. Zudem waren die privaten Haushalte bei ihren Konsumausgaben weiterhin sehr zurückhaltend. Auch von dieser Seite wurde also die Konjunktur nicht gestützt. Vor allem der Einzelhandel leidet unter der anhaltenden Kaufzurückhaltung der Verbraucher, während sich die Entwicklung in einigen Dienstleistungsbereichen in den letzten Monaten etwas ins Positive gewendet hat. Das gilt für die konsumnahen Wirtschaftszweige wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, mehr aber noch für die unternehmensnahen Dienstleistungsanbieter, die letztlich auch von der lebhaften Nachfrage bei der deutschen Exportwirtschaft profitieren.

Unsicherheit auf Seiten der Privaten

Unter den Ursachen der anhaltenden Ausgabenzurückhaltung der privaten Haushalte spielt der weit verbreitete Mangel an wirt-



schaftlicher Zuversicht eine wichtige Rolle. Die schwierige Lage am Arbeitsmarkt und die schlechte Verfassung der öffentlichen Finanzen mit ihren schwer übersehbaren Folgen für die künftigen Belastungen der privaten Haushalte mit Steuern und Abgaben verunsichern die privaten Haushalte hinsichtlich ihrer Einkommensperspektiven. Offensichtlich ist es noch nicht gelungen, die Notwendigkeit und den absehbaren Nutzen der großen gesetz-

geberischen Reformprojekte überzeugend zu vermitteln und auf diese Weise insbesondere den privaten Haushalten mehr Planungssicherheit zu geben. Besonders umstritten ist das so genannte Hartz-IV-Gesetz, eine der wichtigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt.

*Hohe
öffentliche
Defizite*

Vertrauensstärkende Maßnahmen sind nicht zuletzt auch auf finanzpolitischem Gebiet im engen Sinne gefordert. Nachdem das gesamtstaatliche Defizit in einem ungünstigen konjunkturellen Umfeld und auf Grund umfangreicher Abgabensenkungen in den vergangenen Jahren gestiegen ist und mit 3,9 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2003 zum zweiten Mal in Folge über der 3 %-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts lag, sind aus heutiger Sicht auch für das laufende Jahr keine wesentlichen Verbesserungen zu erwarten. Angesichts der fortschreitenden Erholung kommt es nun darauf an, zumindest für das kommende Jahr die Haushaltsansätze so festzulegen, dass die Bereitschaft und Entschlossenheit zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen überzeugend vermittelt wird. Dazu gehört, dass die Defizitobergrenze von 3 % für den gesamtstaatlichen Haushalt eingehalten wird. Dies gebieten schon die im Rahmen der Europäischen Währungsunion eingegangenen und von den Vertretern aller staatlichen Ebenen anerkannten Verpflichtungen (vgl. im Einzelnen dazu die Erläuterungen auf S. 66 dieses Berichts).

*Staatliche
Maßnahmen
und Ölpreise
mindern realen
Ausgaben-
spielraum*

In den vergangenen Monaten wurde der reale Ausgabenpielraum der Privaten auch durch höhere Verbraucherpreise eingeengt. Im Durchschnitt des zweiten Quartals belief

sich der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr auf 1,7 %. Zu einem großen Teil ergab sich dies aus der Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Gesundheitsreform und der Erhöhung der Tabaksteuer. Hinzu gekommen ist die Energieverteuerung auf Grund der kräftig gestiegenen Ölpreise. Nordseeöl der Sorte Brent wurde in den letzten Wochen teilweise mit über 40 US-\$ (pro Barrel) notiert. Hauptursache dieses Preisanstiegs ist der ungewöhnlich rasch gestiegene Energiebedarf in der Welt. Preistreibend wirkt zudem sicherlich eine „Angstprämie“ wegen möglicher Förderausfälle bei Anbietern aus dem Nahen Osten, Lateinamerika sowie aus Russland. Gesamtwirtschaftlich gesehen bedeutet der Preisanstieg für die Ölverbraucher einen kräftigen Realeinkommensverlust zu Gunsten der Ölförderer, der für sich betrachtet wachstumsdämpfend wirkt.

Die wünschenswerte Belebung der Inlandsnachfrage in der deutschen Wirtschaft könnte durch einen weiteren Ölpreisanstieg zusätzlich erschwert werden. Beim bisher erreichten Ölpreisniveau ist die generelle Erholungstendenz aber nicht in Frage zu stellen, zumal die meisten Konjunkturprognosen bereits vor der jüngsten Zuspitzung der Lage von einem relativ hohen Ölpreis in diesem und dem nächsten Jahr ausgegangen sind. Mit einer Fortsetzung des Ölpreisanstiegs oder stark negativen Rückwirkungen auf die Erwartungen der Marktteilnehmer wären aber ernsthafte Risiken für das derzeit herrschende Konjunkturszenario verbunden.

*Erholungs-
szenario...*

Auch auf der Preisseite wäre ein anhaltender Ölpreisanstieg mit größeren Risiken ver-

*... und Preis-
perspektiven
nicht
grundsätzlich in
Frage gestellt*

knüpft. Für eine grundlegende Korrektur der Preisperspektiven in Deutschland besteht beim derzeitigen Ölpreisniveau aber kein Anlass. So dürften die deutschen Verbraucherpreise sowohl im Jahresdurchschnitt 2004 als auch 2005 unter 2 % bleiben. Eine Grundvoraussetzung dafür ist allerdings, dass „Zweit-rundeneffekte“ ausbleiben und die primären Einkommenswirkungen der Energieverteuerung hingenommen werden. Das verlangt mehr noch als unter entspannteren Bedingungen an den Ölmärkten Zurückhaltung auf der Lohnseite.

Ein stabilitätskonformes Verhalten aller Beteiligten erleichtert es der Geldpolitik, die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet bei günstigen monetären Bedingungen zu gewährleisten. Dabei sind die etwas größeren Risiken auf der Preisseite im Euro-Gebiet weiterhin genau zu beobachten, damit das Vertrauen in stabile Preise in der Europäischen Währungsunion wie in der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt.

*Günstige
monetäre
Bedingungen*